

möglich sei. Diese Hoffnung stützte sich hauptsächlich, vielleicht sogar allein auf die Tatsache, daß ökonomisch der Kapitalismus in Rußland abgeschafft worden war (daher auch Bauers Entsetzen, zunächst wenigstens, über die NEP).

Welchen Stellenwert die Wirtschaftsverfassung für die Zielvorstellungen von Sozialdemokraten besaß, die durch die von Otto Bauer repräsentierte Schule des Austromarxismus gegangen waren, wurde der Rezensentin vor fast 50 Jahren veranschaulicht: Sie war im Londoner Exil während des Krieges Teilnehmerin an Diskussionen im »Austrian Labour Club«, bei denen sich die österreichischen Sozialdemokraten eine kameradschaftliche Zusammenarbeit, ja manche eine herzliche Verbrüderung mit den sowjetischen Siegern versprachen. In einem privaten Gespräch erzählte ihr ein österreichischer Gewerkschafter, der nach dem gescheiterten Februaraufstand als Schutzbündler nach Sowjetrußland eingeladen worden war, von seinen bitteren Erlebnissen dort. Auf die Frage, warum er darüber nicht bei den Zusammenkünften im Club berichtet, um den Illusionen über künftige Beziehungen zwischen Sozialdemokraten und den bolschewistischen Machthabern zu widersprechen, antwortete er: Warum sollte ich über Sowjetrußland schlecht reden? Daß mir dort im Gefängnis die Zehen abgefroren sind, war mein persönliches Pech. Aber in Sowjetrußland sind die Produktionsmittel vergesellschaftet. Und darauf kommt es an! – Unter der russischen Besatzung änderten die Sozialdemokraten in Österreich diese Meinung. Und wäre Karl Kautsky nicht bei den meisten von ihnen weitgehend in Vergessenheit geraten, hätte er mit seinen Ansichten über den Bolschewismus und den Sowjetstaat eine Renaissance erleben können.

*Susanne Miller, Bonn*

Udo Vorholt, Die Sowjetunion im Urteil des sozialdemokratischen Exils 1933 bis 1945. Eine Studie des ExilparteiVorstands der SPD, des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes, der Sozialistischen Arbeiterpartei und der Gruppe »Neu Beginnen«, Peter Lang Verlag, Frankfurt/Main etc. 1991, 322 S., brosch., 85 DM.

Die Arbeit von Udo Vorholt, eine politikwissenschaftliche Dissertation an der Universität Dortmund, betrifft eine zentrale Frage in der Geschichte der SPD. Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung in der Sowjetunion war für sie seit der Oktoberrevolution eines der wichtigsten Elemente in der Debatte über Theorie und Verwirklichung des Sozialismus; zwischen 1933 und 1945, vor dem Hintergrund von Faschismus, Nationalsozialismus und Krieg, wurde besonders für ihre linken Gruppierungen der Weg zum freiheitlich-demokratischen Sozialismus entscheidend durch die Erfahrung der inneren und äußeren Politik Stalins geprägt.

Der Hauptteil der Untersuchung ist der Perzeption der Sowjetunion von 1933–1945 gewidmet, verbunden mit einem knappen Rückblick auf die letzten Weimarer Jahre. Dabei heben sich als wichtigste Einschnitte die Moskauer Prozesse von 1934 und 1936, der Hitler-Stalin-Pakt und das Vordringen Stalins in Osteuropa heraus. Relativ konstant verlief die Entwicklung im Umkreis der Sopade. Hier verschärfte sich die Ablehnung des sowjetischen Wegs als »Staatsabsolutismus« bis zu der 1937 von Kautsky, dann von Hilferding ausformulierten Gleichsetzung des stalinistischen Systems mit dem faschistischen unter der Totalitarismusthese. Jedoch gab es am Rande dieser Gruppe auch Stimmen, die, gestützt auf Otto Bauer, mit der Verurteilung der Sowjetunion zurückhielten, weil von dieser als dem ersten sozialistischen Staat die Zukunft des Sozialismus abhängt. Bei den linken Gruppen hielt sich hingegen lange eine positive Grundeinstellung. Bei ihren veröffentlichten Stellungnahmen dominierte zudem die Sorge, dem Antikommunismus in die Hände zu arbeiten. Als eindrucksvoll heben sich die Äußerungen von Willi Eichler heraus, der – bei

allen Schwankungen auch noch in den folgenden Jahren – in der Empörung über die Moskauer Prozesse von 1934 Stalin mit Hitler verglich und von der »von Bürokraten regierten Terrorgesellschaft« sprach. In der Gruppe »Neu Beginnen« kam die früheste und härteste Verurteilung von Richard Löwenthal, der 1936 Stalins Regime im Namen eines »freiheitlichen Sozialismus« als »faschistisch« verurteilte und 1939 als Fessel für jeden fortschrittlichen Sozialismus, und in der SAP 1940 von Fritz Sternberg, für den die Sowjetunion unter Stalin aufgehört hatte, ein sozialistischer Staat zu sein. Die entscheidende Wende war der Hitler-Stalin-Pakt, so ausgeprägt bei Willi Brandt, der trotz früher Kritik am stalinistischen Terror in seinen Urteilen schwankend blieb, bis er 1939 forderte, die Sowjetunion »als revolutionäre Kraft völlig aus unserem Kalkül zu streichen«, und 1940, »gegen sie wie gegen alle Reaktion« zu kämpfen. Das Bündnis Stalins mit den Westmächten ließ erneut positive Einschätzungen aufkommen, so bei Löwenthal 1941/42. Sie endeten, als das Vorgehen Stalins in den osteuropäischen Staaten evident wurde. Nur ganz am Rande hielten sich danach noch Hoffnungen auf einen Neuanfang in der Sowjetunion oder auf ein durch Stalin verbürgtes sozialistisches Deutschland nach Hitler.

Bedauerlich ist, daß der Verfasser bei einer oberflächlichen Wiedergabe der Aussagen stehen bleibt. Eine analytische Durchdringung des Stoffes unterbleibt, es fehlt jede vertiefte Auseinandersetzung mit der Frage nach den theoretischen Hintergründen und Schlußfolgerungen. Der spezifische Beitrag zur Entwicklung der politischen Werteorientierung in der SPD, der der leitende Aspekt der Untersuchung sein sollte, bleibt so ohne genauere Konturen. Die Literatur zur behandelten Thematik ist umfassend aufgenommen, jedoch ohne kritische Einordnung.

Der relativ umfangreiche erste Teil der Arbeit verzeichnet die Entwicklung der sozialdemokratischen Gruppierungen seit dem Ende der Weimarer Republik, kommt dabei jedoch über einen oberflächlichen Abriß nicht hinaus. Der Nutzen dieses Teiles liegt vor allem in den detaillierten Angaben zu Quellen und Literatur. Störend wirkt die überreichliche Verwendung von Abkürzungen. Einem Leser, der nicht schon vorweg mit der Materie vertraut ist, wird dadurch bei der Vielzahl der Gruppen und Publikationsorgane die Orientierung sehr erschwert.

*Agnes Blänsdorf, Kiel*

Heidrun Homburg, Rationalisierung und Industriearbeit. Arbeitsmarkt – Management – Arbeiterschaft im Siemens-Konzern Berlin 1900–1939, Haude und Spener Verlag, Berlin 1991, XXIII + 806 S., Ln., 198 DM.

Carola Sachse, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert, Rasch und Röhring Verlag, Hamburg 1990, 329 S., Ln., 58 DM.

Der Siemens-Konzern gehört zu den deutschen Firmen, deren Geschichte bereits unter vielfältigen Aspekten erforscht worden ist. Das Spektrum reicht von der Unternehmens- und Technikgeschichte, in der das Unternehmen als (fast) politikfreier Raum erscheint<sup>1</sup>, über sozialgeschichtliche Analysen der Angestelltenschaft<sup>2</sup> sowie der Lohn-, Gehalts- und

1 Sigfrid von Weiher/Herbert Goetzeler, Weg und Wirken der Siemens-Werke im Fortschritt der Elektrotechnik 1847–1980, 3. Aufl., Wiesbaden 1981.

2 Jürgen Kocka, Unternehmensverwaltung und Angestelltenschaft am Beispiel Siemens 1847–1914, Stuttgart 1969.